

Bis vor wenigen Jahren hieß das spanische Bauerndorf noch Águeda del Caudillo – zu Ehren des Diktators Franco, der die Gemeinde gebaut und 1954 selbst eingeweiht hat. Knapp hundert Menschen leben in der gottverlassenen Ebene unweit der portugiesischen Grenze. Auf den Lehnen der steinernen Bänke am Dorfplatz hat man den Zusatz „Caudillo“ herausgemeißelt. Doch jetzt soll der Diktator in sein Dorf zurückkehren.

Bürgermeister Florindo hat angeboten, ein Mausoleum für Franco zu errichten. „Franco hat Águeda gegründet. Daher ist es logisch, dass er hier seine letzte Ruhestätte findet“, sagte der Bürgermeister der Zeitung „El País“. Er ist jedenfalls zufrieden: Bis vor kurzem habe niemand seine Gemeinde gekannt, schon jetzt sei sie berühmt, und bald könnten dann die Touristen kommen.

Der Bürgermeister ist weit und breit der Einzige, der den Leichnam des Diktators aufnehmen will. Weder Francos Enkel noch die galicische Stadt, in der er geboren ist, wollen den Toten haben. Sie fürchten, dass sein Grab zu einer Pilgerstätte für die immer noch zahlreichen Franco-Anhänger wird.

Gleich nach dem erfolgreichen Misstrauensantrag Anfang Juni hatte der neue sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez angekündigt, Francos Leichnam umzubetten. In einer modernen Demokratie hat ein Staatsgrab für einen Diktator seiner Ansicht nach keinen Platz mehr. Am Donnerstag billigte das Parlament in Madrid das Dekret für die Exhumierung. Noch vor Jahresende soll Franco aus dem „Tal der Gefallenen“ verschwinden, damit dort eine Gedenkstätte entstehen kann.

Den Monumentalbau hatte Franco einst selbst errichten lassen: Ein 150 Meter hohes Steinkreuz ragt vom Berggipfel in den Himmel. Im Innern des Berges befindet sich die gut 30 000 Quadratmeter große Kirche mit Francos Grab. Gefangene aus dem Bürgerkrieg mussten die gewaltige Basilika einen Viertelkilometer tief in den Berg treiben.

Dort wollen heute viele einen letzten Blick auf die Grabplatte werfen, auf der einfach „Francisco Franco“ steht. Seit Sánchez an der Macht ist, stiegen die Besucherzahlen im Tal der Gefallenen um 50 Prozent. Die meisten begnügen sich mit einem Erinnerungsfoto mit ihren Smartphones. Andere salutieren mit erhobenen Arm und rufen Parolen wie „Viva Franco“ oder „Rührt das Tal nicht an“.

Der Bau ist mehr als 33 000 Gefallenen des spanischen Bürgerkrieges gewidmet. Franco hatte zwar auch mehrere hundert getötete Republikaner beisetzen lassen, um aus dem Tal der Gefallenen eine nationale Stätte zu machen; die Angehörigen seiner früheren Gegner fragte er vor der Umbettung aber nicht. So gibt es mehr als 80 Jahre nach dem Beginn des Bürgerkriegs immer noch keinen Ort, an dem alle Spanier gemeinsam der Opfer gedenken können.

In der neuen Regierung überwiegen mittlerweile die Zweifel, ob sich das riesige Mausoleum wirklich als Ort der Versöhnung eignet. Jetzt soll daraus nur noch ein „ziviler Friedhof“ werden. Mit der linkspopulistischen Podemos-Partei einigte sich Sánchez darauf, an einer noch unbekannt Stelle ein „Museum der demokratischen Erinnerung“ einzurichten.

Der spanische Sozialanthropologe Francisco Ferrándiz ist enttäuscht von Sánchez' Sinneswandel. „Es ist ein Monu-

Wer will den toten Franco?

Ein Bürgermeister in der spanischen Pampa nimmt ihn gern. Doch das macht es auch nicht besser. *Von Hans-Christian Rößler*



Foto: Reuters

ment mit einem enormen Potential, um den Franquismus durch seine versteinerte Form zu erklären. Es wäre verständlich, wenn eine sozialistische Regierung nicht die Gelegenheit nutzt, daraus eine große Geschichtslektion für die künftigen Generationen zu machen“, sagt Ferrándiz. Er gehörte der Kommission an, die 2011 im Auftrag der damaligen sozialistischen Regierung Vorschläge machte, wie Spanien seiner Opfer gedenken könne.

Wenn es um Bürgerkrieg und Diktatur geht, ist die spanische Bevölkerung

bis heute gespalten. Dabei wollte Sánchez mit seiner Initiative helfen, alte Wunden zu heilen. Laut einer Umfrage der Zeitung „El Mundo“ befürworten 41 Prozent Francos Exhumierung; 39 Prozent sind dagegen. Bei der Abstimmung im Parlament am Dienstag hatten die Befürworter nur einen Vorsprung von sechs Stimmen. Die nie richtig geführte Debatte über die Vergangenheit droht wieder im Parteienstreit zu erstickern. Die spanische Rechte sei offenbar immer noch „mit dem Franquismus verquickt“

und buhle um rechtsextreme Wähler, schimpften sozialistische Politiker. Die konservative Volkspartei PP warf der Regierung vor, Geld zu verschwenden und einen Kulturkampf anzuzetteln. Am Ende enthielten sich Konservative und Liberale der Stimmen – nur zwei PP-Abgeordnete votierten versehentlich mit Ja.

Die Klagen, die die PP und die Enkel des Diktators nun angekündigt haben, sind nur noch Rückzugsgefechte. Mit der neuen Gesetzgrundlage können sie vor Gericht nicht mehr viel ausrichten. Selbst

die katholische Kirche, die für die Gräber in der Basilika zuständig ist, erhebt keine Einwände mehr: Für sie ist die Exhumierung ein staatlicher Akt wie die Beisetzung im November 1975. König Juan Carlos hatte sie angeordnet. Bis heute dauert der Streit darüber an, ob Franco selbst im Tal der Gefallenen ruhen sollte.

Es sind jedoch nicht nur die 33 000 Toten im Tal der Gefallenen, die Spanien nicht zur Ruhe kommen lassen. Auch die Opfer der Republikaner wurden nicht vergessen. In Sichtweite des Madrider

Nie wieder fette Jahre

Die Dürre in Israel macht nicht nur den Bauern zu schaffen. Krieg und Frieden hängen vom See Genezareth ab. Und die Taufe der Christen.

Von Jochen Stabnke

Der See Genezareth hat eine Insel. Sie liegt am Südende, dort, wo der See seit Jahrtausenden den Jordan speist. Die Insel gibt es erst seit ein paar Monaten. Mittlerweile wachsen Büsche darauf. Wer sie erreichen will, muss nicht schwimmen. Es reicht, das veralgte Wasser zu durchwaten.

Israel durchlebt das fünfte Dürrejahr in Folge, und dieser Dürreperiode ging eine andere voraus, die nicht lange her ist. Die Wasserbehörde sieht den Wasserspiegel des Sees auf dem tiefsten Stand seit Beginn der Messungen vor achtundneunzig Jahren. Die Zuflüsse und Quellen des Sees sind nahezu versiegt. Der Wasserstand ist so niedrig, dass selbst der Jordan keine Verbindung mehr zum See hat. Eine Pumpe zieht sein Wasser neuerdings durch zwei kurze Pipelines aus dem See über den Sand in den Fluss. Stromabwärts können sich orthodoxe Christen also weiterhin im Jordan taufen lassen, als sei alles wie früher.

Einst war der See Genezareth das wichtigste Trinkwasserreservoir der Region. Er ist Teil des afrikanischen Grabenbruchs, der vom türkischen Orontes bis nach Moçambique reicht. Hier entstand die Menschheit, wanderte den fruchtbaren Grabenbruch entlang und wurde sesshaft, wo wildes Getreide wuchs. Die ältesten Reste von kultiviertem Weizen fand man in Jericho am Jordan, mehr als zehntausend Jahre alt.

Doch das Genezareth-Wasser ist kaum noch trinkbar. Durch die verringerte Wassermenge vermindert sich auch der Druck auf den Grund des Sees, der wiederum die unterirdischen Salzwasserquellen unter dem See verschließt.

Wenn der Druck zu sehr nachlässt, öffnen sich die Salzwasserquellen, und der See Genezareth wird versalzen. Um das zu verhindern, filterte Israel vergangenes Jahr siebzehntausend Tonnen Salz aus dem See.

Einst versorgte der See Genezareth das ganze Land mit Wasser, bis in die Wüste Negev. Jetzt muss man Wasser in den See hineinpumpen, um ihn zu retten. Im Juni beschloss die Regierung den Bau weiterer Entsalzungsanlagen am Mittelmeer. Von dort aus wird gerade eine Pipeline gebaut, die den See Genezareth wieder auffüllen soll. Das ist ein teurer Plan, auch wenn die israelischen Entsalzungsanlagen mittlerweile vor allem mit eigenem Gas betrieben werden, das Israel vor der Küste fördert. Der Leiter der Wasserbehörde von Galiläa gab bekannt, Israel befinde sich „in einer permanenten Situation des Klimawandels“. Den dürrer Jahren würden keine fetten mehr folgen wie zu pharaonischen Zeiten. Ende kommenden Jahres soll die Pipeline fertig sein, erst im Jahr darauf die zugehörige Pumpstation. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit.

Dass Israel ihn gewinnen wird, bezweifelt kaum einer. Das Land produziert schon jetzt nahezu achtzig Prozent seines Trinkwasserbedarfs über bislang fünf eigene Entsalzungsanlagen. Allein um den eigenen Bedarf zu decken, muss Israel mindestens alle drei Jahre eine neue Entsalzungsanlage bauen. Der Bau einer Anlage kostet fast eine halbe Milliarde Dollar, von den Betriebskosten einmal abgesehen. Doch gibt es kaum eine andere Wahl.

Wasser ist in der Region längst zum Sicherheitsrisiko geworden. So gehört

auch der See Genezareth zum Friedensvertrag mit dem Nachbarland Jordanien: Der Vertrag sieht ihn als gemeinsames Trinkwasserreservoir vor. Israel hat sich verpflichtet, seinem Nachbarland jedes Jahr mindestens 55 Millionen Kubikmeter Wasser zu überlassen. Auch um den Frieden aufrechtzuerhalten, wird Israel deshalb das teuer aufbereitete Wasser in den See pumpen.

Jordanien hat seine eigenen Grundwasserreserven massiv übernutzt. Jordaniische Bauern erhalten stark subventioniertes Wasser, was zu ineffizienten Bewässerungsmethoden geführt hat – im Wüstenstaat Jordanien werden tropische Pflanzen, etwa Bananen, angebaut. Gleichzeitig ist die jordanische Bevölkerung auch durch die syrischen Flüchtlinge stark gewachsen. Im israelischen Sicherheitsapparat fürchten sie sich vor den Folgen von Armut, Wassermiswirtschaft und Mangelversorgung.

Syrien ist ihnen ein warnendes Beispiel. Dort versiegten 2006 bei einer Dürre die Flüsse. Auch das Grundwasser war ausgetrocknet, denn die syrische Führung hatte die Grundwasserbrunnen seit den siebziger Jahren verdoppelt, um mehr Getreide exportieren zu können. Der Grundwasserspiegel war seitdem immer weiter gesunken. Als Syriens Regierung auch durch die syrischen Flüchtlinge den Rest kürzte, gab dies den Bauern den Rest: Anderthalb Millionen Syrer verließen die verarmten ländlichen Regionen, insbesondere im Süden. Die Landflucht brachte weitere Armut in die Städte Südsyriens, und im Süden brach 2011 der Bürgerkrieg aus.

Israel liegt in einer der trockensten Gegenden der Erde. Laut einer Studie

der amerikanischen Weltraumbehörde Nasa macht die Levante die schlimmste Dürreperiode der vergangenen neunhundert Jahre durch. Niemand habe fünf Dürrejahre in Folge erwartet, sagte der israelische Energieminister. Doch werde Israel eine Lösung finden. „Wir folgen einfach unseren historischen Traditionen.“

Aber Israel ist keine Insel. Durch Flüsse und gemeinsame Grundwasserträger ist das Land mit den Nachbarländern verbunden. Um in Frieden leben zu können, muss es auch an die Wasserknappheit der Nachbarn denken. Das verarmte Jordanien kann seine Bevölkerung nicht selbst versorgen und ist auf Wasser aus Israel und Saudi-Arabien angewiesen. Die palästinensischen Gebiete sind vollständig von Israel abhängig. Israel besitzt die modernsten und effizientesten Entsalzungsanlagen. Weil Politiker nicht müde werden, diese Anlagen zu preisen, wird in der Bevölkerung zu wenig Wasser gespart. Der Verbrauch steigt, die israelische Bevölkerung wächst – auch die in Palästina und Jordanien, wo die Geburtenraten noch höher liegen.

Die israelische Wasserbehörde legte deshalb diesen Sommer ihre alte Fernsehkampagne zum Wassersparen wieder auf. Außerdem erhöhte die Regierung für Bauern in Galiläa die Wasserpreise. Bislang hatten die Bauern im Norden des Landes von günstigeren Preisen profitiert, auch weil sie natürliche Wasserquellen, Flüsse und Grundwasser anzapfen durften.

Für den Bauern Oran Reuveni klingt das wie der Anfang vom Ende. „Wenn es so weitergeht, kann ich in fünf Jahren einpacken“, sagt er. Sein Kibbuz liegt vier

Flughafens befindet sich zum Beispiel ein Massengrab mit Tausenden Toten. Nach dem Beginn des Bürgerkriegs hatten dort Ende 1936 kommunistische Milizen der Republikaner Priester, Professoren, Politiker und andere Mitglieder der bürgerlichen Elite Madrids hingerichtet.

Das Morden ging auch nach dem Bürgerkrieg weiter. Francos Milizen erschossen fast 150 000 Zivilisten und verscharrten sie anonym in Gräben und Gruben. Nur wenige tausend von ihnen wurden bisher geborgen, identifiziert und an der Seite ihrer Angehörigen beigesetzt. Am Donnerstag schöpften einige von ihnen neue Hoffnung. „Heute ist einer der glücklichsten Tage meines Lebens“, schrieb am Donnerstag ein Spanier auf Twitter, dessen Großeltern unter Franco gelitten hatten. Viele Nachkommen meldeten sich am Tag der Abstimmung zu Wort. Sie hoffen, dass das Dekret nur der Anfang ist und bald auch ihre Familienmitglieder aus den Massengräbern geholt werden.

Während die spanischen Steuerzahler den Erhalt des „Tal der Gefallenen“ mit Millionenbeträgen finanzierten, war für die Exhumierung jener Opfer bisher fast kein Geld übrig. Das sollte vor elf Jahren das „Gesetz der historischen Erinnerung“ ändern, das die letzte sozialistische Regierung verabschiedet hatte. Doch das konservative Kabinett unter Mariano Rajoy strich das entsprechende Budget. Wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise könne man sich diese Ausgaben nicht leisten, lautete die Begründung.

Die sozialistische Regierung will das Gesetz überarbeiten und mehr Mittel zur Verfügung stellen, damit alle Opfer ein würdiges Begräbnis erhalten. Auf seiner jüngsten Lateinamerika-Reise kündigte Ministerpräsident Sánchez zudem auch eine spanische Wahrheitskommission an. Staaten Südamerikas und Afrikas hatten auf diese Weise versucht, die Bürger nach Jahren der Gewaltherrschaft zu versöhnen. Der Plan ist ehrgeizig: In den zwei verbleibenden Jahren der Legislaturperiode sollen elf Experten die Zeit zwischen dem Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 1936 und der Verabschiedung der spanischen Verfassung im Jahr 1978 aufarbeiten. In Spanien stieß der Vorschlag auf Skepsis. „Spanien ist doch nicht Burundi“, wettete am Donnerstag ein PP-Abgeordneter, dessen Partei die Idee ablehnt. Auch der Anthropologe Ferrándiz hegt Zweifel: Solche Kommissionen würden oft überschätzt, meint er. Forschungsarbeiten zeigten, dass sie am wirkungsvollsten seien, wenn sie „bald nach der Gewalt und während des Übergangsprozesses ihre Arbeit aufnehmen. Im spanischen Fall sprechen wir von Jahrzehnten seit dem Krieg und 40 Jahre seit dem Tod des Diktators. Ich glaube, dass das jetzt wenig Sinn hat“, sagt Ferrándiz.

Bisher hat Spanien den Blick zurück nicht gewagt. Viele halten das auch gar nicht für nötig. Sie verweisen stolz auf die erfolgreiche „Transición“. So nennt man den friedlichen Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Der PP-Vorsitzende Pablo Casado hält es zum Beispiel für falsch, „geheilte Wunden wieder aufzureißen“. Der Erinnerungsforscher Ferrándiz bezweifelt, dass die „Transición“ wirklich eine heilende Wirkung hatte. Er befürchtet, dass die nicht verarbeiteten Traumata zu tief sitzen, um eine Kultur der Versöhnung und des Zusammenlebens entstehen zu lassen. Es seien einfach „zu viele Verbrechen und Leichen unter den Teppich gekehrt worden“.